

20.6.2011 Sächsische Zeitung
DRESDEN

Handydaten von Demonstranten ausgewertet

Dresden. Die Dresdner Polizei hat bei den Protesten gegen die Neonazi-Aufmärsche am 19. Februar Handyverbindungen Tausender Demonstranten und Anwohner ausgewertet. Mit Beschluss des Amtsgerichts sei eine Funkzellenauswertung durchgeführt worden, sagte gestern Lorenz Haase von der Staatsanwaltschaft. Er bestätigte einen Bericht der Zeitung „taz“.

Von allen Handybesitzern, die sich zu dieser Zeit in dem Gebiet aufhielten, seien ein- und ausgehende Anrufe, SMS und die jeweilige Position erfasst worden. Hintergrund sei ein Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs gegen Unbekannt während der gewalttätigen Ausschreitungen südlich des Hauptbahnhofs. Laut „taz“ flossen Verbindungsdaten aber auch in andere Ermittlungen ein. (SZ/dpa) *Bericht ▶ Seite 15*

Viele offene Fragen zu klären

Um die Auswertung von Tausenden Handydaten durch die Dresdner Polizei jetzt zu skandalisieren, ist es zu früh. Klar ist nur: Die Beamten haben die Daten erhoben, um linke und rechte Gewalttäter zu ermitteln, die für die Straßenschlachten hinter dem Hauptbahnhof am 19. Februar verantwortlich sind.

Doch damit endet die Klarheit vorerst. Dafür beginnen viele Fragen. Wurde das Sammeln der Daten schon vorsorglich bei Gericht beantragt und bewilligt? Dieser Verdacht entsteht, wenn tatsächlich Bewegungsprofile aus den Daten erstellt wurden. Für die Detailgenauigkeit solcher Profile scheint eine sofortige Auswertung technisch unverzichtbar. Aber ist das dann noch verhältnismäßig? Wurden Belange des Datenschutzes und der Persönlichkeitsrechte hier ausgehebelt? Dem Bericht der taz zufolge wurden selbst Gespräche und SMS von Bewohnern der Häuser gesammelt und ausgewertet. Hier kommen durchaus Zweifel, ob das im Sinne der Gefahrenabwehr noch gerechtfertigt ist. Und dürfen die Daten auch zur Aufklärung von Verstößen gegen das Versammlungsgesetz benutzt werden? Hier sind die Ermittler Tausenden Menschen Antworten schuldig.

Polizei wertet Handydaten vom 19. Februar aus

Alle Telefonkontakte von Demonstranten und Anwohnern rund um den Hauptbahnhof wurden untersucht. Ob das zulässig ist, ist aber umstritten.

Ein Nachspiel haben die Ermittlungen gegen verdächtige Störer, die am 19. Februar südlich des Hauptbahnhofes teilweise mit Gewalt gegen die Polizei vorgegangen sind. Die Beamten erfassten Tausende Handydaten von Demonstranten und Anwohnern in dem Bereich, in dem es die meisten Krawalle gab. So seien genaue Bewegungsprofile von Menschen entstanden, gegen die nicht wegen der Krawalle ermittelt wird, schreibt die Berliner „taz“ in ihrer heutigen Ausgabe. Dazu zählten Christian Leye, Mitarbeiter einer Bochumer Bundestagsabgeordneten (Linkspartei) und der grüne Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele. Sachsens Datenschutzbeauftragter Andreas Schurig soll sich bereits in den Fall eingeschaltet haben.

Die sogenannte Funkzellenauswertung sei mit Beschluss des Amtsgerichts in einem Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs gegen unbekannt durchgeführt worden, sagte Lorenz Haase, Sprecher der Staatsanwaltschaft, gestern. Er bestätigte den „taz“-Bericht, nach dem alle ein- und ausgehenden Anrufe, SMS und die jeweilige Position erfasst worden seien.

Laut „taz“ flossen in mehreren Fällen Verbindungsdaten in Ermittlungen gegen Beschuldigte ein, denen die Störung der Nazi-Demonstration vorgeworfen wird. Die Zweckentfremdung der Daten sei juristisch nicht haltbar. Haase sagte, die Staatsanwaltschaft werde die aktuellen Daten nicht im Zusammenhang mit Verfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz verwerten. (dpa/dk/lex)

— Kommentar

Handydaten-Erfassung hat Folgen

Dresden. Die Auswertung Tausender Handyverbindungen nach den teils gewalttätigen Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche am 19. Februar in Dresden wird zum Thema im Landtag. Von Seiten der Grünen, der SPD und der Linken hieß es gestern, die Überwachung sei eine Kriminalisierung friedlicher Demon-

stranten. Die Linksfraktion verlangte für nächste Woche eine Regierungserklärung und meldete eine Parlamentsdebatte an. Die Grünen beantragten für Freitag eine Sondersitzung des Rechts- und Innenausschusses. Die SPD kündigte parlamentarische Anfragen an. (dpa)

Bericht ► Sachsen

138 000 Handy-Verbindungen ausgespäht

Die Polizei hat nach den Krawallen vom 19. Februar Zigtausende Telefonate abgefragt – darunter auch Daten vieler Unbeteiligter.

Von Alexander Schneider
SCHNEIDER.ALEXANDER@DD-V.DE

In der Debatte über die umstrittene Erfassung von Handydaten in Dresden haben Staatsanwaltschaft und Polizei ihre Ermittlungen gestern verteidigt. Die Verbindungsda-

ten seien rechtmäßig erhoben worden. Anlass für die Abfrage Tausender Daten seien Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs.

Am 19. Februar sei es an mehreren Tatorten in Dresden zu gewalttätigen Übergriffen gekommen. Anlass war der Protest Tausender Demonstranten gegen Nazi-Aufmärsche. Die Opposition kritisierte gestern die Handydatenabfrage als Kriminalisierung und Überwachung und kündigte eine Debatte im Landtag zu dem Thema an.

Die Polizei teilte nun mit, sie habe drei Tage nach den Krawallen

mit richterlichem Beschluss Verbindungsdaten von Mobilfunkfirmen abgefragt: Telefongespräche, die im Bereich von 14 Tatorten zum Zeitpunkt der Ausschreitungen geführt wurden.

So kam die gewaltige Menge von 138 000 Verbindungsdatensätzen zusammen. Dabei handelt es sich laut Polizei jedoch nicht um abgehörte Gespräche oder SMS-Botschaften. Gespeichert worden seien lediglich die Telefonaten der Gesprächspartner, Art und Dauer der Verbindung sowie der Standort des Sendemastes. „Die Daten werden

ausschließlich in den Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs als Beweismittel verwendet“, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft. „jedoch nicht in den Verfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz.“ Da Provider ausschließlich alle Verbindungsdaten einer Funkzelle mitteilten, könne nicht zwischen Anwohnern, Gästen oder gar Beschuldigten unterschieden werden.

Dresdens Polizeichef Dieter Hanitsch sagte, die Verbindungsdaten seien auch erforderlich, um Zeugen der Ausschreitungen zu finden.

„Jeder Bürger hat ein Auskunftsrecht“

Der Referatsleiter beim Datenschutzbeauftragten, Andreas Schneider, über die Ermittlungen der Polizei zum 19. Februar.

Herr Schneider, wie funktioniert eine Funkzellenauswertung?

Unter einer Funkzellenabfrage versteht man die Übermittlung von Handy-Verbindungsdaten innerhalb einer Funkzelle vom Telekommunikationsanbieter an die Ermittlungsbehörden. Dafür ist grundsätzlich die Anordnung eines Richters erforderlich. Die Verbindungsdaten geben – grob gesagt – Aufschluss darüber, wann, wo und mit wem von einem bestimmten Handy telefoniert worden ist.

Wann dürfen die Ermittlungsbehörden Handy-Verbindungsdaten abfragen?

Straftaten, die auch im Einzelfall von erheblicher Bedeutung sind, können Anlass für eine Funkzellen-



Andreas Schneider
Foto: R. Borß

abfrage sein. Die Strafprozessordnung nennt exemplarisch eine Reihe von schweren Straftaten, wie zum Beispiel Mord, Tot-

schlag, Kinderpornografie, Straftaten gegen die öffentliche Ordnung, Menschenhandel, Geldwäsche, Erpressung oder Bandendiebstahl.

Ist die Liste aus Sicht eines Datenschutzers zu lang?

Das würde ich so nicht sagen. Die Frage ist aber, wie mit der Menge der Daten umgegangen wird. Wenn es zutreffen sollte, dass 12 000 Menschen in der Dresdner Südvorstadt von der Maßnahme betroffen sind, muss der Gesetzgeber überprüfen, ob das sinnvoll ist.

Können von einer Funkzellenabfrage tatsächlich 12 000 Handybesitzer betroffen sein?

Ob das in diesem konkreten Fall so war, wissen wir noch nicht. Wir überprüfen den Fall und warten noch auf die Antworten der Behörden. Noch ist das Spekulation. Eine Funkzellenabfrage bedeutet, dass alle, die in diesem Zeitraum eingeloggt waren, automatisch erfasst werden.

Wie werden in einer solchen Situation die Rechte unbescholtener Bürger gewahrt?

Laut Strafprozessordnung müssen diese Daten gelöscht werden, wenn sie für das Ermittlungsverfahren nicht mehr erforderlich sind. Jeder Bürger kann außerdem unter Berufung auf das Sächsische Polizeigesetz Auskunft darüber bekommen, welche Daten über ihn gespeichert worden sind. Diese Information kann aber eingeschränkt werden, wenn polizeiliche Aufgaben gefährdet werden. Daten, die durch eine Abfrage der Kommunikationsverbindungsdaten in ein Ermittlungsverfahren einfließen, müssen in den Akten gekennzeichnet werden. Außerdem gilt grundsätzlich

eine Unterrichtungspflicht gegenüber all jenen, die keine Beschuldigten sind. Die Behörde kann aber darauf verzichten, wenn jemand unerheblich betroffen wird und anzunehmen ist, dass er kein Interesse an einer Benachrichtigung hat.

Wenn im Einzelfall die Standortdaten so vieler Personen weitergegeben werden, stellt sich die Frage, wie häufig diese Ermittlungsmethode angewendet wird.

Das wissen wir leider nicht. Statistisch wird das nicht erfasst. Eine Recherche hat ergeben, dass es nicht besonders viele Verfahren vor den Landgerichten gibt, in denen die entsprechenden richterlichen Anordnungen überprüft werden. In bestimmten Bereichen, zum Beispiel bei Ermittlungen gegen Serientäter, ist die Funkzellenabfrage sicher sinnvoll, wenn die Polizei mit anderen Methoden nicht weiterkommt.

■ Das Gespräch führte Karin Schlottmann

Mehr Dresdner Handys ausgespäht

Dresden. Im Zuge einer gegen Neonazis gerichteten Demonstration sind in Dresden offenbar mehr Handydaten als bislang bekannt gesammelt worden. Das sagte Justizminister Jürgen Martens (FDP) gestern. Er kündigte einen zunächst internen Bericht seines Ressorts und des Innenministeriums an. Die Regierung wolle klären, ob Daten womöglich unrechtmäßig ausgewertet worden seien. In diesem Fall werde es Konsequenzen geben. Die Linke verlangte einen Bericht unabhängiger Experten.

Ermittler haben mindestens 138 000 Datensätze etwa zu Verbindungen und Standorten erhoben. Bei der Demonstration im Februar war es zu schweren Ausschreitungen gekommen. (SZ/ale)

— Sachsen

KOMMENTAR

Alexander Schneider
über polizeiliches
Sammeln von
Handy-Daten



SCHNEIDER.ALEXANDER@DD-V.DE

Die Kritik an der Polizei zielt daneben

Die Kritik, die Polizei habe eine massive, gar rechtsstaatswidrige Überwachungsaktion durchgezogen, ist absurd. Die Abfrage von Handydaten ist alltägliche Ermittlungsarbeit bei der Verfolgung schwerer Delikte. Ob Brandstiftung, Einbruchserien oder bandenmäßiger Betrug an Geldautomaten – mit den Verbindungsdaten hat die Polizei einen Nachweis, dass Verdächtige in Tatortnähe waren.

Umso mehr gilt das bei zahlreichen links- und rechtsextremen Gewalttättern, die am 19. Februar wohl auch an mehreren Brennpunkten in Dresden aktiv gewesen waren. Ein kleines – und längst nicht das entscheidende – Indiz dafür könnten deren Telefonaten liefern.

138 000 Datensätze vergrößern die Kritik der Opposition nicht, sondern sagen nur, dass an dem Tag in Dresden sehr viel telefoniert wurde. Für unbeteiligte Dritte wird – und darf – das aber keine Konsequenzen haben.

Der Skandal ist nicht die Datenabfrage. Der Skandal ist, dass bis heute noch kein verdächtiger Gewalttäter ermittelt wurde. Daran muss die Polizei arbeiten.

Tillich verlangt Bericht zur Ausspähaktion

Womöglich sind mehr Dresdner Handynutzer als bislang bekannt ins Visier von Polizei und Staatsanwälten geraten.

Von Thilo Alexe
ALEXE.THILLO@DD-V.DE

Nach dem massenhaften Ausspähen von Handydaten im Zusammenhang mit einer Demonstration in Dresden geht die Staatsregierung in die Offensive. Innen- und Justizministerium sollen Kabinettschef Stanislaw Tillich (CDU) bis zum Donnerstag einen Bericht vorlegen. Am Montag war bekannt geworden, dass kurz nach einer gegen Neonazis gerichteten Demonstration am 19. Februar mindestens 138 000 Handydatensätze aus der Dresdner Südvorstadt von Polizei und Justiz erfasst wurden.

Justizminister Jürgen Martens (FDP) deutete an, das Datensam-



Muss berichten:
Minister Jürgen
Martens Foto: BORB

Zahl Datensätze erhoben wurden. Dabei geht es um die sogenannte Funkzellenabfrage, die von der Staatsanwaltschaft beantragt und vom Dresdner Amtsgericht genehmigt wurde. Die Ermittler können damit den Standort von Handynutzern sowie Verbindungsdaten erkennen. Gesprächsinhalte wurden Martens zufolge nicht abgehört.

Die Landtagsopposition vermutet, dass es sich bei dem Bericht um reinen Aktionismus handelt. „Die beiden zuständigen Minister müssen die Verantwortung für den Vor-

fall übernehmen“, forderte SPD-Innenexpertin Sabine Friedel mit Blick auf Martens und Innenressortchef Markus Ulbig (CDU). Kritik kam auch von Grünen, Linken sowie den Koalitionsfraktionen. Für Unmut sorgen bei CDU und FDP die Menge an Daten und die vermutlich große Anzahl erfasster Unbeteiligter. In dem Gebiet sollen rund 12 000 Menschen wohnen.

Ministerhandy erfasst?

Innenstaatssekretär Michael Wilhelm, der Ulbig vertrat, geht bislang davon aus, dass die Daten rechtens erhoben wurden. Handynutzer könnten beim Innenministerium erfragen, ob sie ins Raster der Ermittler geraten sind. Allerdings müsse das Ministerium nicht zwingend Auskunft geben.

Die Funkzellenabfrage ist nur bei schweren Straftaten möglich, etwa bei Landfriedensbruch. Martens zufolge ermitteln Polizei und Justiz auch wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung. Die friedliche

Blockade eines Neonaziaufmarschs zähle nicht zu den schweren Delikten, sagte Martens. Doch dürften sowohl Daten von Blockierern als auch von unbeteiligten Passanten erfasst worden sein. Letztere sollen laut Staatsanwaltschaft nicht verwendet werden. „Wir werden die Datenerhebung im Einzelnen nachprüfen“, sagte Martens.

Vermutlich sind auch Ulbigs Gesprächsverbindungen erfasst worden. Am 19. Februar hatte sich der Minister vor Ort selbst ein Bild verschafft. Im Zuge der Blockadeaktion hatten Linksautonome Autos zerstört, Mülltonnen in Brand gesteckt und Scheiben eingeworfen. Auch Polizisten wurden verletzt.

Martens und Ulbig wollen durch Presseberichte von der Handyabfrage erfahren haben. Datenschutzbeauftragter Andreas Schurig hat sich eingeschaltet und prüft das Verhalten der Dresdner Polizei. Polizeipräsident Bernd Merbitz wurde von einer Konferenz zurückbeordert.

— Kommentar

Handydaten-Abfrage ist alltäglich

Dresden. Die umstrittene Auswertung von Handydaten durch die Polizei ist längst ein Routineinstrument der Polizei. 2009 wurden in Sachsen bei 422 Ermittlungsverfahren Telefonverbindungsdaten- und Funkzellenauswertungen durchgeführt, teilte das Justizministerium mit. Das ist ein Anteil von 0,2 Pro-

zent aller Ermittlungsverfahren – bundesweit lag dieser Anteil mit 4,46 Prozent deutlich höher. Sachsens FDP-Chef Holger Zastrow fordert, diese Datennutzung streng zu begrenzen. Die Maßnahme sei im Fall der Krawalle vom 19. Februar unverhältnismäßig. (lex)

Bericht ► Sachsen

HANDYAFFÄRE

Polizei prüft täglich Telefondaten

Jede Woche genehmigen die Dresdner Gerichte die Abfrage von Handydaten. Nicht immer sind dabei jedoch Tausende betroffen.

Von Alexander Schneider
SCHNEIDER.ALEXANDER@DD-V.DE

Es ist rechtsstaatswidrig, wenn die Polizei Telefonverbindungsdaten auswertet, um Gewalttäter zu fassen? Ist es ein Skandal, wenn die zuständigen Innen- und Justizminister nichts von dieser angeblich drastischen Ermittlungsmaßnahme wussten?

Die Realität sieht anders aus. Jede Woche prüfen und veranlassen Ermittlungsrichter am Amtsgericht Dresden die Abfrage von Telefonverbindungsdaten. 2010 wurden nach Angaben der Staatsanwalt-

schaft Dresden in 90 Ermittlungsverfahren Erhebungen nach Paragraph 100 g, Strafprozessordnung, beantragt – die Zahl der einzelnen Beschlüsse ist jedoch weit höher.

Nicht nur Mord und Totschlag, auch Raub, Bandendiebstähle und Sexualdelikte sind Straftaten, bei denen Verbindungsdaten oft erhoben werden. Mal lässt die Polizei nach einem bekannten Handy suchen, mal braucht es sämtliche Verbindungsdaten in einem Tatortbereich. Etwa wenn Betrüger Geldautomaten manipuliert haben, um die Kontodaten von Bankkunden auszuspähen. Über ihre Handys ermitteln die Beamten immer wieder Verdächtige. Doch auch die Täter wissen das – manche setzen daher längst CB-Funkgeräte ein. Die hinterlassen keine Datenspur.

Da eine Vorratsdatenspeicherung nicht erlaubt ist, muss die Polizei die Verbindungsdaten sichern, um

sich gewissermaßen selbst den Vorrat anzulegen. Ihr bleibt dafür kaum mehr als eine Woche Zeit, da die Mobilfunk-Provider die Daten schon nach einem halben Jahr gelöscht haben müssen.

Funkzellenabfragen wie im Fall der Krawalle vom 19. Februar finden regelmäßig statt – um Täter zu identifizieren. Wer zur fraglichen Zeit etwa an mehreren Brennpunkten telefoniert hatte, wird ins Visier der Ermittler geraten. Die Polizei versucht dann, den Verdächtigen mit weiteren Indizien wie der Auswertung von Videos die Beteiligung nachzuweisen. Die Handy-Daten sind ein Indiz – das Verdächtige be- und auch entlasten kann.

In der Debatte zur Rechtmäßigkeit der jetzt erhobenen Datenflut – immerhin liegen der Polizei mehr als 138 000 Verbindungsdaten vor – stören sich Polizisten und Staatsanwälte über den Begriff „Ausspä-

hen“. Denn die Daten zeigten doch nur, dass ein Handy zur fraglichen Zeit an einem Funkmast registriert wurde. Und auch nur, wenn tatsächlich auch telefoniert wurde.

Eine ähnliche Funkzellenabfrage veranlasste die Polizei im April 2009, als Unbekannte in der Albertstadt-Kaserne Dutzende Bundeswehrfahrzeuge abgefackelt hatten. Die Überprüfung blieb ergebnislos. Noch immer liegen die Daten im Landeskriminalamt (LKA) – weil das Ermittlungsverfahren noch nicht abgeschlossen ist. „Wenn wir Verdächtige haben, können wir prüfen, ob sie damals in Tatortnähe waren“, sagte LKA-Sprecherin Silvine Reiche.

In einem Fall irrt jedoch Justizminister Jürgen Martens (FDP). Bei den Ermittlungen der 2006 entführten Stephanie aus Dresden wurden keine Telefonverbindungsdaten von Unbekannten abgefragt.

Dresdner Polizeipräsident zwangsversetzt

Sachsens Innenminister Markus Ulbig zieht erste personelle Konsequenzen aus der Handy-Affäre.

Von Karin Schlottmann
SCHLOTTMANN.KARIN@DD-V.DE

Dresden. Im Zusammenhang mit der sächsischen Handy-Affäre ist der Dresdner Polizeipräsident Dieter Hanitsch abberufen worden. Innenminister Markus Ulbig (CDU) teilte gestern mit, der 55-Jährige werde mit sofortiger Wirkung Leiter der Polizeidirektion Zentrale Dienste. Er fühle sich bei der Aus-

wertung von Mobilfunkdaten nicht ordnungsgemäß informiert, begründete Ulbig seine Entscheidung. Hanitschs Nachfolger wird Dieter Kroll. Er war bisher Chef der Polizeidirektion Südwestsachsen.



Dieter Hanitsch
Foto: dpa

In der Affäre geht es um die Ermittlungen von Polizei und Justiz nach den Ausschreitungen am 19. Februar in Dresden. An dem Tag war es zu Blockaden durch Gegen-demonstranten und teils gewalttätigen Ausschreitungen zwischen Links- und Rechtsextremisten gekommen. Mehr als 100 Beamte wurden verletzt. Die Polizei hat anschließend auf der Suche nach den Steinewerfern massiv die Handydaten von Demonstranten und Anwohnern ausgewertet.

Ein Ermittlungsrichter hatte die Funkzellenabfragen auf Antrag der Staatsanwaltschaft angeordnet. Später stellte sich allerdings heraus, dass die Polizei knapp 140 000 Datensätze nicht nur in den Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruchs, sondern auch wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz verwendet hatte. Damit war sie offenbar über das Ziel

hinausgeschossen. Außerdem habe die Dresdner Polizei weitere knapp 900 000 Datensätze vom Landeskriminalamt genutzt und dort in einigen hundert Fällen Namen und Anschriften von Handybesitzern identifiziert. Darüber habe Hanitsch den Innenminister nicht informiert, kritisierte Ulbig gestern.

Die Oppositionsfractionen von Linkspartei, Grünen und SPD sowie der Koalitionspartner FDP begrüßten gestern die Abberufung des Polizeipräsidenten. Die Affäre müsse aber trotz dieser Personalentscheidung weiter gründlich aufgeklärt werden, hieß es.

— Kommentar
Berichte — Sachsen

Warum Polizeichef Hanitsch gehen muss

Innenminister Markus Ulbig wirft dem Dresdner Polizeipräsidenten schwere Informationspannen vor.

Von Alexander Schneider
SCHNEIDER.ALEXANDER@DD-V.DE

Dresdens Polizeipräsident Dieter Hanitsch ist gestern Morgen gar nicht mehr im Innen- und im Rechtsausschuss des Landtages erschienen. Der 55-Jährige hatte bereits am Sonntag von Innenminister Markus Ulbig (CDU) erfahren, dass er nicht mehr Dresdens oberster Polizist ist. In der politischen Debatte um die Handy-Affäre wollte Hanitsch keine Fragen mehr beantworten.

Ulbig hatte noch am Freitag öffentlich erklärt, die immense Datenerhebung sei rechtlich korrekt und ihr Einsatz im Verfahren gegen Gewalttäter verhältnismäßig gewe-

sen. In einem Untersuchungsbericht wurde bekannt: Die Dresdner Polizei hat nach den Krawallen vom 19. Februar 138 620 Telefonverbindungsdaten erhoben und sie nicht nur in einem Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs genutzt, sondern in 45 Fällen auch in Verfahren gegen Demonstranten, die einen Nazi-Aufmarsch blockiert haben sollen. Weitere 896 027 Verbindungsdaten hatte das Landeskriminalamt (LKA) ebenfalls nach den Krawallen für ein Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung abgefragt.

Doch nicht nur die blanke Anzahl an Verbindungen muss für Ulbig am Wochenende schwer verdaulich gewesen sein, sondern auch mangelnde Information über den Umgang mit denselben. So sei erst am Freitag bekannt geworden, dass die Sonderkommission Soko 19/2 der Dresdner Kripo auch die LKA-Datensätze genutzt und Anschlussinhaber identifiziert hatte.

Ulbig macht für dieses Informationsdefizit nun Dieter Hanitsch verantwortlich – auch wenn der Polizeichef selbst davon angeblich nichts gewusst hat. Dem Vernehmen nach soll er – wie die Öffentlichkeit – erst am Montag erfahren haben, dass sich knapp 140 000 Verbindungsdaten im Bestand der Soko befinden. Die Abfrage von Funkzellen bei schweren Delikten ist Routine, über die der Chef normalerweise nicht unterrichtet wird.

LKA-Daten längst eingesetzt

Spätestens am Tag danach muss Hanitsch auch von den fast 900 000 Datensätzen des LKA gewusst haben. LKA-Beamte informierten darüber am Dienstag vergangener Woche im Innenministerium, wo Hanitsch anwesend war. Dort war offenbar jedoch noch keine Rede davon, dass die Soko 19/2 längst mit diesen Datenmassen gearbeitet hatte – ebenfalls ohne Kenntnis des Polizeichefs der Landeshauptstadt.

Seit August 2005 war Hanitsch Chef der Polizeidirektion Dresden. Er leitete viele brenzlige Einsätze selbst, nicht nur extremistische Demos am Jahrestag der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg. Krawalle fanden immer wieder auch im Szeneviertel Neustadt oder bei Fußballspielen statt. Der Polizeichef wurde von Minister Ulbig wiederholt persönlich gelobt. Zuletzt nach dem 19. Februar dieses Jahres, als es zu den bislang schlimmsten Ausschreitungen gekommen war.

In der Dresdner Polizei fragt man sich derweil, warum statt Hanitschs nicht Landespolizeipräsident Bernd Merbitz gehen muss. Ihm wird eine innige Feindschaft zu Hanitsch nachgesagt. Merbitz hatte seinen Dresdner Kollegen seit Jahren wiederholt übergangen und gedemütigt, zum Beispiel mit einem medienwirksamen Überraschungsbesuch in einem Dresdner Revier – Hanitsch wusste von nichts.

Innenminister Ulbig räumt weitere Panne ein

Statt anonymer Datensätze erhielten Ermittler auch Namen von Handybesitzern.

Dresden. Fast acht Stunden tagten gestern der Innen- und der Rechtsausschuss des Landtages zur Handy-Affäre. Die Abgeordneten hörten dabei Innenminister Markus Ulbig (CDU) und Justizminister Jürgen Martens (FDP) an, die am vergangenen Freitag einen vorläufigen Bericht zu den Ereignissen bei

den Anti-Nazi-Demonstrationen am 19. Februar in Dresden veröffentlicht hatten (die SZ berichtete).

Ulbig räumte bei der gestrigen Befragung überraschend ein, dass erst nach Vorlage dieses Berichts bekannt geworden sei, dass das Landeskriminalamt der Sonderkommission „19/2“ nicht nur Verkehrsdaten von Handys, sondern zum Teil auch sogenannte Bestandsdaten übergeben hat. Dabei ist der Eigentümer des betroffenen Gerätes bereits registriert und für die ermittelnden Beamten sofort

erkennbar. Laut Ulbig hat die Polizeidirektion Dresden bei der Staatsanwaltschaft angeregt, dass der entsprechende Datenbestand an das Landeskriminalamt zurückgeführt wird. Für weitere Ermittlungen erforderliche Auskünfte würden später allein auf Antrag der Soko und mit Zustimmung der Staatsanwaltschaft durch das Landeskriminalamt erteilt.

Ulbig wies zudem zurück, dass es ihm Zuständigkeitsbereich der Polizei eine inhaltliche Auswertung von Handygesprächen oder Handy-

SMS gegeben hat. Ob dies auch für andere Behörden gelte, müssten diese selbst erklären, wurde der Minister von Teilnehmern zitiert.

Unklar blieb nach der Befragung auch, ob es im Zusammenhang mit Ausschreitungen am 19. Februar in Freital eventuell einen weiteren Handydatensatz über die bisher bekannten eine Million Fälle gibt.

Der Landtag wird morgen über die Affäre debattieren. Die Opposition fordert eine Regierungserklärung von CDU-Ministerpräsident Stanislaw Tillich. (SZ/gjs)

Neonazi-Aufmärsche Dresdner Polizei wertet Handy-Daten aus

Berlin/Dresden (dpa). Bei Protesten gegen Neonazi-Aufmärsche Mitte Februar in Dresden hat die Polizei Handyverbindungen tausender Demonstranten und Anwohner ausgewertet. Mit Beschluss des Amtsgerichts sei lokal eine sogenannte Funkzellenauswertung durchgeführt worden, sagte der Sprecher der Dresdner Staatsanwaltschaft, Lorenz Haase.

Von Handynutzern in der Südvorstadt, seien Anrufe, SMS und die Position erfasst worden. Hinter-

grund sei ein Verfahren wegen schweren Landfriedensbruchs während der Ausschreitungen südlich des Hauptbahnhofs.

Laut der Tageszeitung „taz“ flossen Verbindungsdaten auch in Ermittlungen gegen Menschen ein, denen die Störung der angemeldeten Nazi-Demonstration vorgeworfen wird.

Der Bundesbeauftragte für Datenschutz, Peter Schaar, forderte den Gesetzgeber auf, die Funkzellenauswertung stärker als bisher einzugrenzen.

Heftige Proteste gegen Ausspäh-Aktion

Regierungspartei FDP geht auf Distanz zum Vorgehen der Sicherheitsbehörden / Datenschützer fordert Aufklärung

Dresden (DNN). Die Ausspäh-Aktion der Sicherheitsbehörden bei der Anti-Neonazi-Demo in Dresden hat zu heftigen Protesten geführt. Nahezu die gesamte Opposition im sächsischen Landtag kritisierte das Vorgehen von Landeskriminalamt (LKA) und Justiz rund um den 19. Februar als unverhältnismäßig und rechtswidrig. Und auch die mitregierende FDP ging auf Distanz. Linke, SPD und Grüne forderten gestern unisono Aufklärung und kündigten ein parlamentarisches Nachspiel an – bis hin zur Regierungserklärung von Justizminister Jürgen Martens (FDP) und Innenminister Markus Ulbig (CDU) beim Plenum in der kommenden Woche. Sachsenobers-

ter Datenschützer Andreas Schurig hat sich ebenfalls eingeschaltet.

Grund für die Aufregung sind Meldungen vom Wochenende, wonach das LKA mit richterlicher Genehmigung ein- und ausgehende Anrufe, SMS sowie die exakte Position tausender Demonstranten und Anwohner erfasst und verwertet hat. Diese sogenannte Funkzellenabfrage soll über mindestens viereinhalb Stunden in der Dresdner Südvorstadt stattgefunden haben. Dabei scheint es auch zu einer juristisch nicht mehr gedeckten Zweckentfremdung gekommen zu sein. So ging es offiziell um den Vorwurf des Landfriedensbruchs gegen gewalttätige Demonstranten, die Polizisten

angegriffen hätten – was als Tatbestand ausreichen würde.

Faktisch aber gingen die Ermittler weit darüber hinaus. So wurde ein ausgeglichenes Bewegungsprofil auch von normalen Anti-Neonazi-Demonstranten und möglicherweise auch von Bewohnern und Passanten erstellt – eine Art neomoderner Rasterfahndung ohne konkreten Anlass.

Entsprechend hart ist der Protest. „Diese massenhafte und flächendeckende Ausspähung darf sich nicht wiederholen“, sagte Linken-Fraktionschef André Hahn. Er forderte ein aktuelle Debatte samt Regierungserklärung im Landtag. Der Rechtspolitiker der Grünen, Johannes Lichdi, sprach von einem

Skandal. Die Funkzellenabfrage sei nur für schwere Straftaten zulässig. Das Handeln der Polizei aber stelle „eine Kriminalisierung friedlicher Demonstranten“ dar. Lichdi forderte eine Sondersitzung des Innen- und Rechtsausschusses.

Sabine Friedel (SPD) sprach von einer besorgniserregenden Aktion. „Sollte sich erweisen, dass Polizei und Staatsanwaltschaft ihre rechtlichen Befugnisse überschritten haben, wird das auch für die zuständigen Minister Konsequenzen haben“, sagte sie. Auch FDP-Rechtspolitiker Carsten Biesok wandte sich gegen die flächendeckende Überwachung per Funkzelle. Damit würden „viel zu viele Anwohner sowie friedliche Demonst-

ten unter Generalverdacht gestellt“. Datenschützer Schurig hielt sich gestern noch mit einer Bewertung zurück. Er hat dem Innenressort eine Frist bis Donnerstag gesetzt, um die Vorwürfe aufzuklären. Ulbig bestand gestern auf der Lesart, dass im Februar viele „gewaltbereite verummte Rechts- und Linksextremisten“ aufgetreten seien. „Polizei und Staatsanwaltschaft brauchen diese Daten, um Straftaten aufzuklären zu können“, sagte er. Verbindungsdaten von Personen, die nicht Gegenstand des Verfahrens sind, würden unverzüglich gelöscht, erklärte der Präsident der Polizeidirektion Dresden, Dieter Hanitsch.

Jürgen Kochinke

Ausspäh-Aktion nun Chefsache

Justizminister soll klären, ob Erfassung in Dresden rechtens war / Tillich fordert Bericht an

Von CHRISTINE KEILHOLZ

Dresden (DNN). Durch die Auswertung von 138 000 Handydatensätzen weiß Sachsens Polizei, wer sich am 19. Februar in der Dresdner Südvorstadt aufgehalten hat, wo es bei der Anti-Rechts-Demo zu schweren Ausschreitungen kam. Justizminister Jürgen Martens (FDP) will nun bis Freitag klären, ob die Erfassung rechtens war.

Vier Monate lang liegen die brisanten Handydaten vom 19. Februar der Polizei vor, nun auf einmal soll alles ganz schnell gehen. Justiz- und Innenministerium haben gestern gemeinsam eine Arbeitsgruppe gebildet, die erste Auswertungen präsentieren soll. Sachsens Justizminister Jürgen Martens hat einen Bericht bei der Generalstaatsanwaltschaft über die Details der Genehmigung angefordert. Dieser Bericht soll am Freitag dem Ministerpräsidenten Stanislaw Tillich (CDU) vorgelegt werden, der dann entscheidet, wie es weitergeht.

Nach ersten Medienberichten soll schnell geklärt werden, wie es zur Erfassung von 138 000 Mobilfunk-Datensätzen kommen konnte, von der nach offizieller Auskunft weder Innenminister Markus Ulbig (CDU) noch Justizminister Martens etwas wussten.

Dem Staatssekretär im Innenministerium, Michael Wilhelm, zufolge, ist alles korrekt gelaufen: Weil im Umfeld der Anti-Rechts-Demonstration vom 19. Februar schwere Straftaten wie Landfriedensbruch verübt wurden, hat die Sonderkommission bei der Staatsanwaltschaft beantragt, Verkehrsdaten erheben zu dürfen. Das Amtsgericht erließ einen Beschluss, „damit wurden die Daten rechtsstaatlich ordentlich erhoben“, so Wilhelm. Sowohl er als auch Justizminister Martens betonten gestern, dass für die Untersuchung keine Gesprächsinhalte oder SMS interessant seien, sondern lediglich Verbindungsda-



Jürgen Martens.
Foto: Andreas Döring

ten: Anrufer, Empfänger, Zeit, Ort und Gesprächsdauer. Und das diene nur dazu, den Gewalttätern auf die Spur zu kommen, die in der Reichenbachstraße randalierten und Molotow-Cocktails auf Polizisten warfen.

Das Gros des fraglichen Datenbergs dürfte allerdings von der Mehrheit der friedlichen Demonstranten, von Sitzblockierern, unbeteiligten Passanten oder Polizisten stammen. Die Nutzung dieser Daten ist juristisch nicht gedeckt. Justizminister Martens versicherte gestern, dass diese Daten nicht weiter verwendet würden. „Wenn ich Anhaltspunkte habe, dass noch mehr erhoben worden ist, gehe ich dem nach“, so Martens.

Die Grünen-Fraktion rief gestern Bürger dazu auf, von Polizei und Staatsanwaltschaft Auskunft zu verlangen: „Fragen Sie nach, ob auch Sie Ziel der verdeckten Überwachung des Mobilfunkverkehrs geworden sind“, sagte der

rechtspolitische Sprecher Johannes Lichdi. Aus Sicht der Linken-Sprecherin für Datenschutz, Julia Bonk, bestätigt dieses Vorgehen alle Vorbehalte gegen massenhafte Datenspeicherung. „Denn es zeigt sich, dass Sicherheitsbehörden auch bei fehlender oder zweifelhafter rechtlicher Grundlage auf diese Daten zugreifen, wenn sie es können“, so Bonk. Sabine Friedel, rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, wunderte sich sehr, dass die Minister Ulbig und Martens von alledem aus der Presse erfahren haben wollen. „Die Einsätze vom 13. und 19. Februar wurden wochenlang vorbereitet. Immer wieder bekundeten die Minister öffentlich, dass die Vorbereitung Chefsache und Polizei und Justizbehörden gut gerüstet seien.“

Der MDR berichtete unterdessen, dass seit zwei Jahren zehntausende Mobilfunkdaten aus der Dresdner Neustadt beim Sächsischen Landeskriminalamt gespeichert und ausgewertet würden. Hintergrund sei der Brandanschlag auf Bundeswehrfahrzeuge in der Dresdner Albertstadt-Kaserne im April 2009.

Dresdner Neueste Nachrichten, 22. Juni 2011

„Angriff auf die Grundrechte“

Linken-Fraktionschef Hahn zur Dresdner Ausspäh-Aktion und den Schwächen der eigenen Partei

Dresden (DNN). Die massenhafte Ermittlung von Handy-Daten rund um den Neonazi-Aufmarsch in Dresden ist für Linken-Fraktionschef André Hahn weder akzeptabel noch legal. Diese Law-and-Order-Politik diene eher der Einschüchterung von Gegen-Demonstranten.

Frage: Was sagen Sie zur Abfrage von Handy-Daten am 19. Februar in Dresden?

André Hahn: Ich hätte nicht für möglich gehalten, dass so etwas überhaupt stattfinden kann. Diese massenhafte Ausspähung von Daten hat mit Verhältnismäßigkeit nichts mehr zu tun. Da werden Tausende unbescholtene Bürger und Anti-Neonazi-Demonstranten in ihren Grundrechten verletzt. Ich bezweifle stark, dass die betroffenen Ressorts, also Innen und Justiz, in der Lage sind, eine objektive Prüfung vorzunehmen. Deshalb ist es wichtig, dass Externe drauf schauen – wie der Bundesdatenschutzbeauftragte oder der frühere Innenminister Gerhart Baum.

Haben Sie Beweise, dass auch normale Gegendemonstrationen mit Hilfe der Handy-Daten ins Visier der Ermittler geraten sind?

Sicher gibt es solche Fälle. Gegen einen Mitarbeiter einer Bundestagsabgeordneten laufen Ermittlungen wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz. In den Akten finden sich Verweise auf die Telefonüberwachung. Das ist eindeutig nicht durch das Gesetz gedeckt – was ja selbst FDP-Justizminister Jürgen Martens einräumt. Allein der Umstand, dass es hier stattgefunden hat, lässt vermuten, dass es auch in anderen Fällen durchgeführt wurde oder zumindest geplant war. In der CDU gibt es ganz offensichtlich eine starke Sehnsucht nach einer Law-and-Order-Politik. In Dresden konnte

schließlich jeder erfasst werden, der sich zufällig dort aufgehalten hat, selbst jene, die gerade im Zug vorbei gefahren sind. Das ist eine Sammelwut, die polizeitaktisch überhaupt nicht nachvollziehbar ist und die mich – ich muss es leider sagen – an frühere, unschöne Zeiten erinnert.

Warum, meinen Sie, sollten Polizei und Justiz massenhaft einfache Blockierer ausspähen und damit solchen Ärger riskieren?

Die betroffenen Minister behaupten, sie hätten von der Massenüberprüfung nichts gewusst. Dann aber haben sie ihre Häuser nicht im Griff. Oder sie haben die Öffentlichkeit belogen. Ich glaube, dass man vor allem die normalen Demonstranten einschüchtern möchte. Das aber ist ein Angriff auf die Grundrechte. Ich frage mich, ob sich ein Richter nicht über die Folgen einer solchen Genehmigung Gedanken macht. Diese Zellenabfrage mit einer völlig unüberschaubaren Zahl von Betroffenen ist nur bei schwersten Straftaten möglich,

wenn es keine anderen polizeilichen Möglichkeiten gibt. Aber am 19. Februar flogen Drohnen über den Demonstranten, es wurde gefilmt, es wurden Kameras in Wasserwerfern installiert. Und dennoch wurde diese Überprüfung veranlasst, das ist weder akzeptabel noch legal.

INTERVIEW

Stichwort Oppositionsarbeit: Sind Sie zufrieden mit dem Erscheinungsbild der Linken in Sachsen?

Es gab in letzter Zeit einige schöne Debatten auf Bundesebene. Folge war, dass unsere Umfragewerte gesunken sind. Streitereien und Personalquerelen machen Parteien eben nicht interessant, sondern stoßen eher ab. Und auch in Sachsen haben wir die Situation, dass die Grünen durch die bundesweite Lage viel Aufmerksamkeit erhalten. Zudem sind bei uns nicht wenige erfahrene Abgeordnete ausgeschieden, die Lücken hinterlassen haben. Schon deshalb kann ich nicht sagen, dass alles blendend läuft.

Von außen betrachtet ist der Eindruck: Die Opposition, vielleicht mit Ausnahme der Grünen, lahmt ausgiebig.

Ganz so schlimm ist es sicher nicht. Aber auch ich räume ein: Wenn alle bei uns ihr Feld so beackern würden, wie zum Beispiel der in Leipzig direkt gewählte Abgeordnete Dietmar Peilmann das Feld der Sozialpolitik, dann hätten wir mit Sicherheit kein Profilproblem. Wir brauchen mehr solche Persönlichkeiten, die mit einem konkreten Politikfeld öffentlich verbunden werden.

Was sagen Sie zum Liebaugeln der Grünen mit der CDU? Brückt die gemeinsame Front gegen Schwarz-Gelb?

Es gibt keine Koalition in der Opposition. Wir haben natürlich das Ziel, und das unterstelle ich auch Antje Hermenas von den Grünen, eine andere Politik in Sachsen zu machen. Aber anders als die Grünen denken wir, dass das nur möglich ist, wenn die CDU erstmal in die Opposition geschickt wird. Das sehen die Sozialdemokraten ähnlich. Wenn Frau Hermenau der Ansicht ist, sie sei so stark, dass sie die CDU zu größeren Korrekturen bewegen könnte, halte ich das – gelinde gesagt – für einigermaßen verwegen. Denn die Gefahr für die Grünen ist groß: 1994 sind sie aus dem Landtag geflogen, als sie im Wahlkampf für Schwarz-Grün warben. Wie schnell man an Zustimmung verlieren kann, sieht man am desolaten Zustand der Liberalen. Wir wollen die CDU aus der Regierung verdrängen, und es wäre gut, wenn die Fraktionschefin der Grünen mal in die eigene Parteilobby hineinhören würde. Die will das nämlich auch.

Interview: Christine Keilholz, Jürgen Kochinke

© Das vollständige Interview finden Sie unter www.dnn-online/download



Der Vorsitzende der Fraktion Die Linke im sächsischen Landtag, André Hahn. Foto: dpa

Polizei erfasste 17 000 Handy-Nutzer

Untersuchungsbericht: Einsatz der Daten in mindestens 45 Ermittlungsverfahren unzulässig

Von CHRISTINE KEILHOLZ

Dresden (DNN). Wie sich gestern herausstellte, hat Sachsens Polizei über eine Million Handydaten gesammelt. Angeblich, um den Randallerern vom 19. Februar auf die Spur zu kommen. Trotzdem wurden in die Daten auch gegen einfache Blockierer verwendet.

Jetzt ist es raus. In 45 Verfahren wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz am 19. Februar in der Dresdner Südvorstadt sind Erkenntnisse aus der Funkzellenabfrage eingeflossen. Das bestätigt der Untersuchungsbericht, den gestern Innen- und Justizministerium gemeinsam in Dresden veröffentlichten. „Eine staatsanwaltliche Festlegung in dieser Angelegenheit gab es im Rahmen der Ermittlungskonzeption zu Beginn der Ermittlungen nicht“, heißt es dort. Innenminister Markus Ulbig (CDU) musste ges-

tern einräumen, was seit einer Woche bekannt ist. Dass Daten, mit denen laut Gesetz nur für schwere Straftaten ermittelt werden dürfen, auch gegen Demonstranten verwendet wurden, die den marschierenden Neonazis den Weg versperren wollten. Die Staatsanwaltschaft Dresden hat verfügt, dass die Daten nicht verwertet werden dürfen.

Das sei zu spät erfolgt, erklärte Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) in einer Erklärung zum Bericht. Er kündigte eine Bundesratsinitiative des Freistaats an, um den Begriff der „erheblichen Straftat“ im Gesetz klarer zu regeln. Anlass zu Zweifeln an der Darstellung in dem Bericht habe Tillich nicht, hieß es.

Inzwischen sind über eine Million Handydaten im Spiel. Die 138 000 Datensät-

ze, von denen Anfang der Woche die Rede war, beziehen sich nur auf den Vorwurf Landfriedensbruch. Weitere 896 000 wurden gesammelt, um der Bildung einer kriminellen Vereinigung auf die Schliche zu kommen. Was genau das für eine kriminelle Vereinigung sein soll, darüber wollten weder Innenminister Ulbig noch Landespolizeipräsident Bernd Merbitz gestern etwas sagen. Fest

steht, dass rund 17 000 Handynutzer betroffen sind.

Für Innenminister Ulbig ist alles korrekt verlaufen. „Die Überprüfung der Vorgänge hat ergeben, dass die Erhebung der Daten in allen Fällen aufgrund der erforderlichen richterlichen Beschlüsse erfolgte“, erklärte Ulbig. Die Konsequenzen, die Justizminister Jürgen Martens (FDP) am

Dienstag angekündigt hatte, sehen nun so aus, dass bei künftigen Funkzellenauswertungen alle involvierten Minister sowie der Datenschutzbeauftragte sofort zu unterrichten sind. Weil individuelle Verfehlungen nicht nachweisbar sind, soll es keine personellen Konsequenzen geben.

Als Folge der eskalierten Demonstration laufen derzeit 60 Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch, 67 wegen Sachbeschädigung und 37 wegen Körperverletzung, heißt es im Bericht. Auch einen Fall von versuchtem Totschlag gegen einen Polizisten führte Innenminister Ulbig gestern in Dresden an. Ulbig betonte, dass die Funkzellenauswertung als „kriminalpolizeiliche Standardermittlungsmaßnahme“ zur Aufklärung von Straftaten wichtig sei. Eine übliche Maßnahme, die 2009 bundesweit knapp 9500 Mal durchgeführt wurde, allein in Sachsen 422 Mal. Am Montag treffen sich Innen- und Rechtsausschuss zu dem Thema.



Foto: M. Hehnal/DBP

Innenminister Markus Ulbig: Die Erhebung der Daten erfolgte in allen Fällen aufgrund der erforderlichen richterlichen Beschlüsse.

Fast wie bei der Stasi

Zur Handy-Ausspäh-Aktion

Ich glaube meinen Augen nicht zu trauen, als ich die Berichte über die Ausspäh-Aktion am 19. Februar in Dresden gelesen habe. Vier Monate nach dem Ereignis wird nun bekannt, dass Handydaten Tausender friedlicher Demonstranten und vermutlich völlig unbeteiligter Bürger erfasst und ausgewertet wurden und wahrscheinlich weiter werden. Bewegungsprofile wurden erstellt, also eine Art neumoderne Rasterfahndung durchgeführt. Tausende friedliche Bürger werden unter Generalverdacht gestellt und kriminalisiert. Und das nur, weil sie sich die Aufmärsche der Neonazis in Dresden nicht länger gefallen lassen wollen. Die zuständigen Minister von CDU und FDP wussten angeblich von all dem nichts. Ich frage mich, was ist eigentlich schlimmer, wenn diese Aktion ohne ihr Wissen durchgeführt wurde, oder wenn sie die Ausspähung, gegen ihre Beteuerung, doch abegesegnet haben? Wer soll den ahnungslosen Ministern eigentlich glauben, wenn sie behaupten, dass die Inhalte der Gespräche und SMS nicht von Interesse gewesen seien und dass diese Daten nicht weiter verwendet würden?

Beim Lesen der Beiträge habe ich mich an meine Stasiakte erinnert. Dort lese ich z.B. den Bericht über eine 24-stündige Observation und kann mir die gemachten Fotos ansehen. Ich habe ein minutiöses Bewegungsprofil vor mir.

Christoph Wolf
Dresden

Dresdens Polizeipräsident muss gehen

Handydaten-Eklat: Dieter Hanitsch wird durch den Leiter der Polizeidirektion Zwickau ersetzt

Dresden (DNN/cs). Der Dresdner Polizeichef Dieter Hanitsch musste gestern seinen Stuhl räumen. Innenminister Markus Ulbig nannte als Grund für die überraschende Personalentscheidung die sogenannte Handydaten-Affäre im Zusammenhang mit dem 19. Februar. Neuer Chef der Dresdner Polizei wird Dieter Kroll. Er leitet derzeit die Polizeidirektion Südwestsachsen mit Sitz in Zwickau.

Hanitsch war seit Tagen Zielscheibe öffentlicher Kritik, nachdem bekannt geworden war, dass die Dresdner Polizei im Rahmen ihrer Ermittlungen zum 19. Februar tausende Handydaten auswertet. Während der sächsische Innen-

minister das Vorgehen gestern im Landtag erneut verteidigte, muss Hanitsch nun gehen. Der Grund für die Personalentscheidung sind Informationsdefizite im Zusammenhang mit der Auswertung von Mobilfunkdaten", begründete Ulbig das Aus für den Dresdner Polizeichef. Die Polizei hatte auch sogenannte Bestandsdaten mit ausgewertet, die einer nachträglichen Verfügung der Staatsanwaltschaft zufolge nicht hätten verwendet werden dürfen. Die-



Versetzt: Dieter Hanitsch. Foto: Archiv/Flechner

se Daten betrafen unter anderem Abgeordnete, die sich an friedlichen Blockaden der Neonazi-Aufzüge beteiligt hatten.

Hanitsch übernimmt nun die Leitung der Landespolizeidirektion Zentrale Dienste (LPD ZD), an deren Spitze er bereits in den 90er Jahren gestanden hat. Der neue Chef der Dresdner Polizeidirektion, Dieter Kroll, hat zuletzt knapp sechs Jahre lang die Direktion in Zwickau geleitet.

Die Entscheidung zu Hanitschs Versetzung fiel am Wo-

chenende. Noch am Freitag hatte es geheißen, die massenhafte Handydatenabfrage werde keine personellen Konsequenzen haben, weil kein individuelles Fehlverhalten festzustellen sei. Innenminister Markus Ulbig und Landespolizeipräsident Bernd Merbitz hatten sich auch beim DNN-Neujahrsempfang am Freitagabend noch uneingeschränkt hinter den 55-jährigen Chef der Dresdner Direktion gestellt.

Während die Opposition im sächsischen Landtag in der Rochade eine durchsichtige Reinigungsaktion sieht, nennt die FDP Hanitschs Abberufung unter Verweis auf die fehlende Sensibilität „angemessen“.

► Kommentar Seite 3 /Seite 4

„Kleines Handy-Fukushima“

Grünen-Fraktionschefin Hermenau zu Atomausstieg, Datenaffäre und schwarz-grünen Optionen

Dresden (DNN). Zwischen Grünen und CDU sieht Antje Hermenau, Chefin der Grünen-Fraktion im Landtag, viele Gemeinsamkeiten. Trotz der aktuellen Aufregung über die Ausspähung von Handydaten durch das CDU-Innenministerium.

Fragen: Am Wochenende hat der Sonderparteitag der Grünen auf Bundesebene den Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 beschlossen. Damit folgt die Partei der Linie des Vorstands und nicht zuletzt auch der von CDU-Kanzlerin Angela Merkel. Was halten Sie von dem Kompromiss?

Antje Hermenau: Ich bin froh, dass wir so entschieden haben. Ich halte das für richtig. Ich denke, es ist wertvoll, wenn vier von fünf Parteien im Bundestag gemeinsam eine Entscheidung treffen in so einer wichtigen Frage. Dieser Kompromiss muss von möglichst vielen mitgetragen werden, damit es nicht wieder den Ausstieg vom Ausstieg gibt wie im Herbst letzten Jahres durch die schwarz-gelbe Koalition in Berlin.

Exakt eine Woche zuvor haben aber die sächsischen Grünen in Ihrem Beisein eine andere Variante beschlossen: Ausstieg schon 2017. Ein Widerspruch?

Das ist kein Widerspruch. Wir Grünen in Sachsen haben noch einmal formuliert, was das einmütige Ziel der Partei ist. Wir haben uns dann für den Kompromiss 2022 entschieden. Ich sehe keine andere Partei in Deutschland, die die Energiewende so ausgiebig und kontrovers diskutiert, ohne dass einer am Ende frustriert vom Feld ziehen muss.

Führende Grüne sehen in dem Beschluss zum Ausstieg 2022 auch eine Annäherung an die CDU. Sie auch?
Nein, ich hab diese Vermischung im-



Antje Hermenau: „Darum gibt es für uns keinen rot-rot-grünen Mischmasch.“ Foto: Andreas Döring

mer abgelehnt. Meine Meinung war stets: Es ist wichtiger, den Atomausstieg hinzubekommen als die Formulierung einer Koalitionsprämisse. Ich nehme lediglich wahr, dass die CDU beweglicher wird. Sie muss sich Machtoptionen völlig neu aufbauen, nachdem das mit der FDP gründlich schief gelaufen ist. Doch auch die SPD tut sich erkennbar schwer, mit unserer Eigenständigkeit umzugehen, ganz zu schweigen von der Linken. Eigenständigkeit bedeutet, dass es keinen Automatismus in die eine oder andere Richtung gibt. Man muss sich die potenziellen Partner genau anschauen.

Schwarz-Grün gilt aber doch seit vielen Jahren als Ihr Vorzugsprojekt?

Wir Grünen beschließen auf Parteitagen gemeinsam und mit Mehrheit.

INTERVIEW

Sie werden aber doch eine persönliche Meinung haben?

Vor sechs Jahren, als ich neu in den Landtag eingezogen bin, habe ich mir die beiden Lager angesehen, die Akteure, das Potenzial der Landtagsfraktionen.

Dabei kann ich eine massive Enttäuschung über die Linke und auch ein bisschen über die SPD nicht verhehlen. Ich glaube, dass die sächsische Union inhaltlich stärker zerstritten ist, als man das von außen wahrnimmt. Ich würde der CDU aber nur einen Versuch geben, wenn sie bereit ist, ihre Politik auf mehreren Feldern erkennbar zu ändern.

Bei der Braunkohle?

Braunkohle ist der wichtigste Punkt. Verkehrspolitik ist der zweite und schließlich die Demokratiefragen. Ich weiß, dass das sehr harte Konditionen

für eine Zusammenarbeit sind. Aber jede Partei, die mit uns zusammen arbeiten will, auch die Linke, müsste sich harten Konditionen stellen.

Welchen?

Fraktionschef André Hahn tut ja immer so, als säßen wir in der Opposition alle in einem Boot, eine Art Nationale Front unter Führung der SED. Ich kann das kaum ertragen. Als Bürgerbewegte erwarte ich einfach von der Linken, dass in der nächsten Landtagsfraktion keine IMs mehr vertreten sind. Wer das nicht versteht, hat mit uns nicht wirklich geredet. Wir konnten im letzten Jahr die Linke doch nur mit Not von ihrem Kurs der Neuverschuldung zurückholen. Ich kann bei den Linken in Sachsen derzeit keinen erkennen, der das Zeug zum Ministerpräsidenten hätte. So ist die Lage. Darum gibt es für uns keinen rot-rot-grünen Mischmasch. Für uns heißt das, wir reden mit allen Demokraten – außer mit der FDP.

Die sächsische FDP entdeckt doch aber gerade ihren Bürgerliberalismus wieder ...

Aber Fraktionschef Zastrow und Justizminister Martens haben doch diese Law-and-Order-Politik vorangetrieben. Die ganze Datenabfrage hat doch damit zu tun, dass CDU und FDP seit Jahren versuchen, Gegendemonstranten von Nazi-Aufmärschen zu kriminalisieren. Das ist nicht erst dieses Jahr passiert, das haben wir in den letzten Jahren bei der Diskussion um das sächsische Versammlungsgesetz erfahren. Ich kenne viele Leute in CDU und in FDP, die empört sind über die aktuelle Datenabfrage. Schwarz-Gelb hat hier ein kleines Handy-Fukushima.

Interview: Jürgen Kochinke / Christine Keilholz

Datenabfrage

Handy-Affäre sorgt weiter für Turbulenzen

Dresden (DNN). Auch nach dem verurteilten Befreiungsschlag durch die Strafversetzung des Dresdner Polizeipräsidenten Dieter Hanitsch kommt Sachsens Staatsregierung in der Handy-Affäre nicht aus den Negativ-Schlagzeilen. Gestern kursierten Meldungen in Dresden, die Ermittler hätten rund um den Neonazi-Aufmarsch am 19. Februar womöglich auch eine sogenannte Echtzeitüberwachung von Gegendemonstranten angewendet. So beriefen sich Zeugen offensichtlich auf den Einsatz eines „Imst-Catchers“, mit dem die Beamten nicht nur formale Handy-Daten wie Nummern und Standorte ermitteln können, sondern eben auch Gespräche abhören beziehungsweise SMS lesen können.

Sollte sich dieser Vorwurf bestätigen, bekäme die Affäre eine neue Dimension. Denn bisher hatten Innenminister Markus Ulbig (CDU) und Justizminister Jürgen Martens (FDP) Ermittlungen dieser speziellen Art dementiert. Beide Ressorts wollten sich gestern dazu nicht äußern. Es handle sich um laufende Ermittlungen, lautete die Lesart unisono. Ähnlich äußerte sich die Staatsanwaltschaft. Ein klares Dementi aber gab es nicht.

Hinter den Kulissen scheint sich aber ein Tauziehen zwischen Justiz- und Innenressort um die Frage der Verantwortung anzubahnen. Vor allem für Ulbig könnte die Lage noch ernster werden, da nach der Degradierung von Hanitsch eine Fortsetzung der Affäre direkt auf ihn zulaufen würde.

Vor der für heute geplanten Plenardebatte zum Thema gab es gestern erneut herbe Kritik. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) monierte die Versetzung des Polizeipräsidenten als „überheißt und unüberlegt“. Der Fall Hanitsch sei „nicht nur ein Bauernopfer, sondern auch ein Tiefpunkt des Personalmanagements des Innenministeriums“. Die Linke schließt eine Sondersitzung des Parlaments nicht mehr aus – zusätzlich zur heutigen Debatte. Und die Grünen wollen die Handy-Abfrage zum Thema im Bundestag machen. Die Bundesregierung solle sich zur Verhältnismäßigkeit der Aktion in der sächsischen Landeshauptstadt äußern.

Jürgen Kochinke

Ermittler bestätigen Abhör-Aktion

In der Handy-Affäre um den 19. Februar fordert die Landtagsopposition weitere Aufklärung

Von CHRISTINE KEILHOLZ

Dresden (DNN). Für den bedrängten Innenminister Markus Ulbig (CDU) war das ein Befreiungsschlag. Am frühen Abend verlas er im Landtag eine Erklärung der Staatsanwaltschaft Dresden. Dort heißt es, dass bei Demonstrationen gegen den Neonazi-Aufmarsch am 19. Februar in der Dresdner Südvorstadt ein sogenannter Imsi-Catcher im Einsatz war.

Mit diesem Gerät seien genau zwei konkret bekannte Funknummern überwacht und inhaltlich erfasst worden. Zwei Nummern also, mehr nicht. Das Ganze erfolgte demnach aufgrund richterlicher Anordnung. Und: Bei der umstrittenen Aktion hatte die Staatsanwaltschaft

das Heft in der Hand. Damit brachte sich Ulbig, der seit Tagen wegen seiner scheinweisen Informationspolitik schwer kritisiert wird, gestern mehr oder weniger geschickt aus der Schusslinie. Laut Paragraf 161 der Strafprozessordnung war in den genannten Ermittlungsverfahren die Staatsanwaltschaft federführend – und damit sein Ministerkollege aus dem Justizressort, Jürgen Martens (FDP), ebenso beteiligt an der Affäre.

Noch am Morgen hatte Ulbig geschwiegen. Auf die Forderung der Oppositionsfractionen von Grünen, SPD und Linken, endlich zu klären, ob am 19. Februar in Dresden Handygespräche abhörte, ging der Minister nicht ein. Linken-Fraktionschef André Hahn forderte bereits den Rücktritt des Innenministers. Hahn

warf Ulbig vor, er hätte am Mittwoch vor dem Landtag die Unwahrheit gesagt „und darüber hinaus für die Beurteilung der Angelegenheit wichtige Fakten verschwiegen“. SPD und Grüne gingen nicht ganz so weit, sie beließen es bei der Forderung nach einer vollumfänglichen Erklärung aus dem Innenministerium.

Die kam nicht, stattdessen äußerte sich sieben Stunden später die Staatsanwaltschaft Dresden. Mit Hinweis auf laufende Verfahren räumte sie ein, was seit zwei Tagen im Raum steht (DNN berichteten). Es wurden während der Demonstrationen Gespräche mitgehört, von zwei bestimmten Handys, gegen deren Besitzer bereits seit längerer Zeit Staatsanwaltschaft und LKA ermittelten, wegen Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung.

Laut Information des Justizministeriums erfolgten diese Ermittlungen mit dem Imsi-Catcher unabhängig von den gerichtlichen Anordnungen, mit denen wenige Tage nach den Demonstrationen die Funkzellenabfrage genehmigt wurde. „Es handelt sich bei beiden Verfahren um getrennte Lebenssachverhalte, Strafverwürfe und Ermittlungsverfahren“, so die Staatsanwaltschaft. Zudem stärkte die Behörde in ihrer Erklärung der Polizei Dresden den Rücken. Diese habe „nach unserer Kenntnis keinen Imsi-Catcher in Ermittlungen wegen Straftaten am Rande der Demonstrationen am 19. Februar 2011 eingesetzt“. Dennoch musste am Montag Dresdens Polizeipräsident Dieter Hanitsch seinen Sessel räumen. Er habe seinen Minister schlecht informiert, lautete die Begründung.

Dresdner Morgenpost, 21. Juni 2011

Sachsen

MORGENPOST, 21.6.2011

Massen-Spitzelei der Polizei: Landtagspolitiker schäumen

DRESDEN - Riesenempörung wegen des massenhaften Ausspionierens von Handydaten am 19. Februar in Dresden: Auf Antrag der Linken wird sich der Landtag in einer aktuellen Debatte damit befassen. Die Grünen beantragten eine Sondersitzung des Innen- und Rechtsausschusses und selbst die CDU schäumt.

Wie berichtet, hat die Polizei bei den Protesten gegen den Neonazi-Aufmarsch am 19. Februar von allen Handybesitzern Verbindungsdaten aller Anrufe, SMS sowie die Position erfasst – laut Polizei 138 000 Datensätze! Die Funkzellenauswertung wurde vom Amtsgericht genehmigt. Betroffen sind damit auch Anwohner und Passanten. Hintergrund ist ein Verfahren wegen schweren Landfriedens-

bruchs gegen unbekannt - Gewalt gegen Einsatzkräfte und polizeiliche Einrichtungen.

„Es muss sich keiner wegen seiner persönlichen Daten sorgen“, beschwichtigt Dresdens Polizeipräsident Dieter Hanitsch. Ziel sei die Aufklärung schwerer Straftaten, die Datenerhebung daher erforderlich und rechtmäßig. Gegen Blockierer werden die Beweismittel nicht verwendet, so die Staatsanwaltschaft.

Bekannt war die Aktion bislang nicht, Abgeordnete wurden trotz Nachfrage nicht informiert. Linke-Fraktions-Chef André Hahn sprach von einem „völlig unverhältnismäßigen Eingriff in geschützte Grundrechte“. Er fordert eine Erklärung vom Justiz- und Innenminister. Johannes Lichdi (Grü-



Blockade der Nazi-Demo am 19. Februar in der Dresdner Südvorstadt: Sogar die Handydaten von Anwohnern wurden von der Polizei erfasst.

Foto: TÜRPE

ne): „Das Handeln der Polizei ist eine Kriminalisierung friedlicher Demonstranten, dürfte rechtswidrig sein.“ Für Sabine Friedel (SPD) ist die massive Überwachung „besorgniserregend“. „Ich bin sehr überrascht vor allem über den Umfang der Aktion“, so CDU-Innenpolitiker Christian Hartmann. „Ich werde Fragen ans Justizressort stellen,

verlange eine Auswertung, welche Daten zu welchem Zweck verwendet wurden. Datenschutz und Telefongeheimnis sind ein hohes Gut!“ Auch die FDP äußerte sich kritisch. Landesdatenschützer Andreas Schurig wusste ebenfalls von nichts, will Auskunft von Ministerium und Staatsanwaltschaft. Frist: Donnerstag. mor/AW

Handy-Spitzelei der Polizei lässt die Wogen immer höher gehen

Noch mehr Daten abgeschöpft? Tillich fordert Sonderbericht an

DRESDEN - Der Wirbel um die massenhafte Erfassung von Handydaten am 19. Februar in Dresden geht weiter: Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) macht den Vorgang zur Chefsache - bis Freitag soll eine Arbeitsgruppe ihm Bericht erstatten. Justizminister Jürgen Martens (FDP) geht davon aus, dass noch mehr Daten als bislang bekannt erfasst wurden.

Die Arbeitsgruppe von Innen- und Justizministerium unter Leitung von Landespolizeipräsident Bernd Merbitz soll die umstrittene Aktion nun untersu-

chen - Merbitz wurde dazu von der Innenministerkonferenz in Frankfurt/Main zurückbeordert. Innen- sowie Justizministerium sollen Ministerpräsident Tillich bis Freitag einen internen Bericht vorlegen.

Justizminister Martens geht davon aus, dass noch mehr als die bekannten 138 000 Datensätze erhoben wurde. Auch das soll der Bericht klären, genauso wie die Begründung für die richterliche Anordnung, die Verhältnismäßigkeit und der Umgang mit den Daten.

Diese sollen nur in Verfahren wegen schweren Landfriedens-

bruchs sowie Bildung einer kriminellen Vereinigung verwendet werden - gegen Blockierer jedoch nicht, stellte Martens klar. Doch nach Morgenpost-Informationen ist genau das in mehreren Fällen passiert, aktenkundig.

„Wenn es Fehlentwicklungen gab, wird das Konsequenzen haben“, so Martens. Er will wie Innenminister Markus Ulbig (CDU) erst am Montag von der Spionier-Aktion erfahren haben. Angesichts der „Abhör-großaktion absolut unglaublich“, so Sabine Friedel (SPD). Die Linke forderte eine

unabhängige Untersuchungskommission, sprach von einer „haarsträubenden flächendeckenden Ausspähung der ganzen Bevölkerung“.

Drei Tage nach den teilweise gewaltsamen Protesten gegen die Neonazi-Aufmärsche hat das Amtsgericht die Auswertung der Handy-Daten erlassen. Laut Staatsanwaltschaft nur an Orten, wo Straftaten stattgefunden. Erfasst wurden Rufnummern, angerufene Nummern, Standort und Gesprächsdauer. Die Auswertung läuft noch immer.

Juliane Morgens



Fotos: dpa, Törpe

MP Tillich (F.r.) hat die Abhöraktion zur Chefsache gemacht. Auch die Daten von Minister Ulbig und Polizeipräsident Merbitz (F.l.) wurden wohl erfasst. Sie werden wie alle behandelt, hieß es.



Handy-Spitzelei

Abgeordnete wollen gegen Abschöpfung klagen

DRESDEN - Die Kritik an der massenhaften Erfassung von Handydaten am 19. Februar in Dresden reißt nicht ab. Die sächsischen Linke-Bundestagsabgeordneten prüfen eine Klage. Derweil bestätigte die Staatsanwaltschaft, dass auch bei Ermittlungen zum Brandanschlag auf eine Dresdner Kaserne solche Daten erfasst wurden.

Viele der Linke-Bundestagsabgeordneten waren am 19. Februar in Dresden. „Wir sehen deutliche Anhaltspunkte, dass die besonderen Schutz- und Vertrauensrechte für Politiker, Journalisten und Anwälte durch die massenhafte Abfrage und Auswertung verletzt worden sind“, so Michael Leutert, Sprecher der Landesgruppe Sachsen. Angedacht ist eine Sammelklage vorm Verwaltungsgericht.

Wie berichtet, hatten die Ermittler zur Aufklärung von Straftaten mithilfe der Funkzellenauswertung mindestens 138 000 Datensätze erhoben. Die Opposition ist empört, auch CDU und FDP fordern Aufklärung. Heftige Kritik an der Aktion kommt auch vom Bündnis „Dresden Nazifrei“.

Die massenhafte Auswertung von Handydaten in Sachsen ist indes kein Einzelfall: Außer im Fall „Stephanie“ nutzten Ermittler die Funkzellenauswertung auch nach dem Brandanschlag auf die Dresdner Albertstadt-Kaserne im April 2009, so Oberstaatsanwalt Lorenz Haase. Weitere Details konnte er nicht nennen. Wie der MDR berichtet, wurden Kundendaten des Baumarktes OBI sowie Handydaten aus der Dresdner Neustadt gespeichert. Demnach wurden 162 000 Kassenbelege ausgewertet, auf denen Brandsatz-Bestandteile aufgeführt waren. Dann wurden die Angaben laut MDR mit den Handy-Daten abgeglichen. Bislang ohne Erfolg. Gelöscht wurden die Daten demnach bislang nicht.

Anschlag auf die Albertstadt-Kaserne in Dresden: Auch in diesem Fall griffen die Ermittler auf die Funkzellenauswertung zurück.
Foto: dpa





„Ein ungeheuerlicher Vorgang“

Nach Vorstellung des von Ministerpräsident Tillich angeforderten Berichts zum 19. Februar forderte die Opposition weiter Aufklärung. Die Anwaltskammer ist empört.

Martin Abend, Präsident der Rechtsanwaltskammer Sachsen: „Die jetzt bekannt gewordene Dimension der Datenerfassung und deren Auswertung für verschiedenste Ermittlungszwecke ist ein ungeheuerlicher Vorgang.“ Die Polizei habe rechtsstaatliche Grenzen überschritten. Er forderte eine Änderung der Strafprozessordnung, um derartige Datenerhebung einzuschränken.

SPD-Fraktions-Chef Martin Dulig: „Diese sächsische Daten-Sammelwut macht mir Angst und Bange.“ Die Ausschuss-Sitzung am Montag müsse öffentlich sein. Johannes Lichdi (Grüne) sprach von „beschönigenden Angaben“, will Aufklärung in der Sonderausschuss-Sitzung. Linke-Fraktions-Chef André Hahn nannte den Bericht „dubios“, sprach von „Ungereimtheiten“.

Kritik kam aber auch von der Regierungsfraktion der FDP. „Die Polizei ist im Fall der Nutzung von Mobilfunkdaten für Verfahren nach Paragraph 21 des Versammlungsgesetzes übers Ziel hinaus geschossen“, wet-



Rechtsanwaltskammer-Chef Martin Abend
Foto: PR



Johannes Lichdi (Grüne)
Foto: Rietschel



André Hahn (Linke)
Foto: Suhrbier



Carsten Biesok (FDP)
Foto: Landgraf

Gegen 45 Handybesitzer wurde mit verboten MP Tillich sauer

Von Juliane Morgenroth und Jens Jungmann
DRESDEN - Bis zu eine Million Datensätze wur-

den am 19. Februar in Dresden verteidigt. Allerdings räumten sie Fehler ein - nämlich die Verwendung der Daten

spähen von Daten friedlicher Demonstranten". Doch genau diese wurden am 19. Februar überwiegend erfasst: Exakt

die Columbusstraße (Löbtau), wo ein alternatives Wohnprojekt von Nazis überfallen wurde und von der Strecke von

Freital nach Dresden hunderte Nazis wegzogen waren. In 45 Fällen lag Polizei Verfahren

Verstoßen gegen Versammlungsge gegen Blockierer, welche sich aus t liegenden Hand mit ableiten ließ Polizei hatte la minister ents dass dies Straftaten von

Beweisen ermittelt - und die Polizei ist schuld am Datenskanal Seine Minister eiern r

cher Bedeutung" sind und die Datenverwend damit rechtmäßig sei. Allerdings handelt es sich etwa beim Blockieren von Straßen um weniger schwere Delikte, meist bloße Ordnungswidrigkeiten. Erst im Mai zog die Staatsanwaltschaft die Notbremse, als die ersten Akten vorlägen. Klare Ansage jetzt: Die Handy-Daten dürfen nicht gegen Blockierer

verwendet werden. Dieser Fehler der Polizei sei zu spät korrigiert worden, montierte sogar MP Tillich. Überhaupt sollten die Berichtspflichten innerhalb der zuständigen Ministerien „optimiert werden". Martens verteidigte die Aktion als üblich und rechtmäßig. Die Daten werden benötigt, um den tatsächlichen Aufenthaltsort eines Betroffe-

nen zu bekräftigen. Es können natürlich auch unbeteiligte Personen erfasst werden. Das bereits am 13. Februar 2011 mit einem weiteren Gerichtsbeschluss Handydaten erfasst wurden, will er nicht ausschließen. Zudem ermittelt das Landeskriminalamt seit längerer Zeit gegen einen nicht näher bezeichneten Personenkreis wegen der möglichen „Bildung ei-

ner kriminellen Vereinigung". Für diese Ermittlungen wurden bislang 896 072 Datensätze erhoben, die zum Teil mit den Daten vom 19. Februar abgeglichen wurden. Während der Innenminister die Datenauswertung als „notwendig" verteidigte, drückte sich Justizminister Martens um eine Bewertung: „Erst muss das Verfahren abgeschlossen sein." MP

Tillich will eine Bundesratsinitiative einbringen, um den „unbestimmten Rechtsbegriff der erheblichen Straftaten", weswegen die Datenerfassung überhaupt erst möglich war, präzisieren zu lassen. Weitere Konsequenz: Künftig soll bei vergleichbaren Datenauswertungen der Landesdatenschutzbeauftragte informiert werden.



Vermummte Nazis werfen Steine und Flaschen auf ein alternatives Wohnprojekt in Dresden-Löbtau: Auch hier wurden Handydaten erfasst. Foto: Youtube



den erfasst: Innenminister Markus Ulbig (CDU) und Justizminister Jürgen Martens (FDP) haben die massenhafte Auswertung von Handy-

gegen Blockierer. Genau das kritisierte MP Stanislaw Tillich (CDU) ungewöhnlich deutlich.

Übermüdet und nervös saßen die beiden Minister am späten Mittag in der Staatskanzlei, versuchten mit der Vorstellung des Berichts Licht in die massive Auswertung von Handydaten zu bringen. „Die Polizei spioniert nicht, sie handelt auf rechtsstaatlichen Grundlagen", beharrte der Innenminister. Es geht nicht ums „Aus-

besorgte sich die Polizei 138 630 Datensätze von 65 845 Telefonnummern. Daraus filterte sie 460 Rufnummern von 406 Personen, die besonders oft ihr Telefon nutzten, an den Brennpunkten anwesend waren. Darunter auch Minister Ulbig und Landespolizeipräsident Bernd Merbitz. An 14 Tatorten wurden die Daten von Funkzellen ausgewertet. Bisher wurde nur der Standort Dresden-Südvorstadt eingegrenzt. Nun spricht Ulbig u.a. vom Bereich rund um



Hilfesuchend schauen sich Innenminister Markus Ulbig (gr.F., l.) und Justizminister Jürgen Martens an: Wer soll die schlechte Botschaft überbringen? Nachdenklich verfolgt Landespolizeipräsident Bernd Merbitz die Erklärungsversuche der beiden Minister (F.l.). Foto: Ove Landgraf



644 Überwachungsfälle allein 2009 Handy-Schnüffelei schon seit Jahren

Die Funkzellenauswertung in Dresden ist kein Einzelfall! Laut Innenminister Markus Ulbig (CDU) ist sie eine „Standardermittlungsmaßnahme" bei Straftaten mit erheblicher Bedeutung. Demnach wurde dieses Instrument 2009 in Sachsen 644 Mal in 422 Verfahren angewendet. Bundesweit waren es im gleichen

Zeitraum 15 707 Funkzellenauswertungen in 9 459 Verfahren. So wurde bei den Ermittlungen gegen Nazi-Schläger, die im Juni 2008 Döner-Läden in der Dresdner Neustadt angegriffen hatten, Funkzellendaten ausgewertet. Dies war laut Ulbig entscheidend für die Verurteilung der Haupttäter. Auch der angeklagte



rechte Zünder, der im August 2010 in Dresden einen Brandanschlag auf ein alternatives Wohnprojekt verübt haben soll, wurde demnach mit

Hilfe der Handydaten überführt. Eingesetzt wurde das Instrument auch bei der Ermittlung wegen des Brandanschlags auf die Offiziers-

schule des Heeres in Dresden und bundesweit bei der Fahndung nach dem Holzklotzanschlag auf der Autobahn bei Oldenburg.

Nach einem EM-Spiel überfielen im Juni 2008 rechte Randierer zwei Imbisse in der Dresdner Neustadt: Grund für eine weitere Handy-Datenauswertung. Foto: Brennpunktfoto

Innenminister Markus Ulbig erklärt, wie die einzelnen Datensätze verwendet werden und was erfasst wird.

Mit Ort & Zeit: So läuft die Überwachung

So funktioniert die Funkzellenauswertung: Grundlage ist die Strafprozessordnung. Die Polizei regt die Maßnahme bei der Staatsanwaltschaft an. Zwingend nötig ist ein richterlicher Beschluss unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit. Im Beschluss sind die möglichst genauen Orte (Straßen) und Zeiträume vermerkt, wann die Auswertung stattfinden darf. Damit können alle Handys, die sich zu diesem Zeitpunkt an diesem Ort aufhalten, erfasst werden. Die Mobilfunkanbieter übermitteln dann die Verkehrsdaten: Nummer der beteiligten Anschlüsse, Beginn/Ende der Verbindung, Standort. Dann werden die Daten nach bestimmten Kriterien gefiltert. Von den Rufnummern, die dann übrig bleiben, werden dann die Inhaber ermittelt.

Ohne Wissen der Betroffenen (wie am 19. Februar in Dresden) dürfen Verkehrsdaten etwa erhoben werden, wenn es um „Straftaten von erheblicher Bedeutung“ geht und die Ermittlungen auf andere Weise nicht weiterkommen.

Wenn Daten zum Beispiel von Abgeordneten, Rechtsanwälten oder Journalisten vorliegen, dürfen sie nicht weiter verwendet werden. In diesen Fällen muss die jeweilige Staatsanwaltschaft entscheiden. Nicht benötigte Daten müssen unverzüglich gelöscht werden. Darüber entscheidet die Staatsanwaltschaft.

NACHRICHTEN

Tillich gegen Steuersenkung

DRESDEN - MP Stanislaw Tillich (CDU) hat sich gegen die von der Bundesregierung gewünschten und von der FDP geforderten Steuersenkungen ausgesprochen. „In guten Zeiten werden die Haushalte versaut“, warnt der MP. Das Geld soll lieber für die Sanierung der Haushalte verwendet werden.

Protest gegen Kreisumlage

GÖRLITZ - Die SPD und die Freien Wähler im Görlitzer Kreistag wollen eine stärkere finanzielle Belastung der Städte und Gemeinden nicht zulassen. Beide Fraktionen lehnen eine Anordnung der Landesdirektion Dresden ab, die Kreisumlage von 29,5 auf 32 Prozent zu erhöhen. Der Kreistag solle am Mittwoch gegen die Auflage für den diesjährigen Kreishaushalt stimmen.

Landjugend beklagt Sparkurs

DRESDEN - Der Verein Sächsische Landjugend hat dem Freistaat eine „Sparpolitik ohne Augenmaß“ vorgeworfen. „Die Regierungspolitik und die Verwaltung seien nicht mehr verlässlich“, so Geschäftsführer Björn Redmann. Der Verein hatte in der vergangenen Woche angekündigt, mangels Geldes seine hauptamtliche Arbeit Ende des Jahres einzustellen.

Markt bekommt Wappen

LEIPZIG - Jahrelang war der Leipziger Marktplatz eine Baustelle, seit gestern kehrt ein altbekanntes Bild auf das neue Pflaster zurück: Bauarbeiter setzen bis morgen ein 80 Quadratmeter großes Stadtwappen ein. Es wird den Platz seines 50 Quadratmeter großen, aber lückenhaften Vorgängers einnehmen. Das Leipziger Wappen schmückt ein schwarzer Löwe auf blau-gelbem Grund. Der Markt war wegen der Bauarbeiten am City-Tunnel mehrere Jahre eine Baustelle.

LOTTO - DAS GIBT'S

Vergangenen Sonnabend wurden folgende Lottozahlen gezogen: 3, 4, 20, 28, 37, 42; Zusatzzahl: 38; Superzahl: 1. Die Quoten: Gewinnklasse 1: unbesetzt (im Jackpot befinden sich 3 380 255,80 Euro); KL 2: 4 x 462 835,90 Euro; KL 3: 19 x 60 899,40 Euro; KL 4: 623 x 4 828,90 Euro; KL 5: 1 578 x 293,30 Euro; KL 6: 41 673 x 55,50 Euro; KL 7: 53 154 x 34,80 Euro; KL 8: 869 297 x 11,70 Euro. (alle Angaben ohne Gewähr)

Dresdner Schnüffelskandal - was kommt da noch alles ans Licht?

Bauernopfer: Minister schickt Polizeipräsident in die Wüste

Von Jens Jungmann

DRESDEN - Erste Konsequenz nach dem Handy-Schnüffelskandal: Dresdens Polizeipräsident Dieter Hanitsch muss seinen Stuhl räumen. Doch damit sind Innenminister Markus Ulbig (CDU) und Justizminister Jürgen Martens (FDP) noch nicht aus dem Schneider. Denn offenbar ist alles noch viel schlimmer!

Um 13.11 Uhr ließ der Innenminister die Bombe platzen: Hanitsch (55) wird versetzt. Er werde nun Chef der Landespolizeidirektion

Ab in die Wüste: Dresdens Polizeipräsident Dieter Hanitsch muss seinen Sitz räumen, wird abgeschoben.

Fotos (Montage): Runkel, Füssel



Zentrale Dienste. Neuer Polizeipräsident Dresdens wird Dieter Kroll, bisher Chef der Polizeidirektion Südwestsachsen. Ulbig: „Grund für die Entscheidung sind Informationsdefizite im Zusammenhang mit der Auswertung von Mobilfunkdaten.“ Hanitsch habe bei der Aufklärung zum Vorgehen der Ermittler in dem Fall

„nicht alle nötigen Informationen“ bereitstellt. So habe er keine Angaben dazu gemacht, dass auch Namen und Anschriften der Betroffenen gespeichert und ausgewertet worden sind.

Über eine Million Handydaten hatte die Polizei nach den Ausschreitungen am 19. Februar 2011 erhoben, in 45 Fällen wurden Ermittlungen aufgrund der Daten zu Unrecht geführt (Morgenpost berichtete). Das ganze Ausmaß der Schnüffelaktion wird nur stückchenweise bekannt, wurde auch von MP Stanislaw Tillich (CDU) heftig kritisiert. Und es ist wohl noch schlimmer!

Denn im Landtagsinnenausschuss, der gestern tagte, konnten weder Ulbig noch Polizeipräsident Bernd Merbitz ausschließen, dass am 19. Februar eine „Echtzeitüberwachung des Fernmeldeverkehrs zum Zweck der Strafverfolgung“ durchgeführt wurde. Angeblich gibt es Zeugen, die behaupten, dass die Polizei am 19. Februar während der Krawalle einen „Imst-Catcher“ eingesetzt hat. Das Gerät - welches wohl im Führungsfahrzeug der Polizei stand - simuliert eine Mobilfunkzelle und wäre in der Lage, direkt die Verbindungsdaten von Handys abzugreifen. Selbst ein Mithören



Um 13.11 Uhr präsentierte Innenminister Markus Ulbig gestern sein erstes Bauernopfer. Foto: Landtag

von Gesprächen ist mit diesem Gerät möglich! Bislang behauptete das Innenministerium, dass sich die Polizei die Daten erst am 22. Februar - per richterlichem Beschluss - besorgt habe. Oberstaatsanwalt Lorenz Haase will sich zu dem neuen Vorwurf und der dann zwingend notwendigen richterlichen Genehmigung nicht äußern: „Wenn es so war, ist das ein laufendes Verfahren, wozu wir keine Auskunft geben.“

Entsprechend harsch fallen die politischen Reaktionen aus! Andrei Hahn (Linke): „Die beiden verantwortlichen Ministerien für Innere und Justiz können sich ... nicht davontun.“ Für Sabine Friedel (SPD) ist Hanitsch nur „ein schätziges Bauernopfer“ der Politik. Innenminister Ulbig und Polizeipräsident Merbitz bekamen „Bammel und schoben die Verantwortung auf die untere Ebene ab“. Die Jusos forderten den Rücktritt der beiden Minister und einen Untersuchungsausschuss im Landtag.

Noch vor der Vollnarkose bekam Polizeichef Kroll den neuen Job

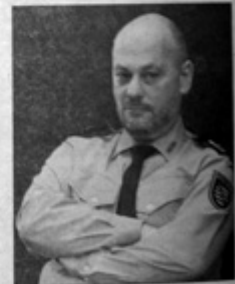
ZWICKAU - Diese Nachricht schlug ein. Dabei war das Schicksal von Dresdens Polizeichef Dieter Hanitsch (55) bereits 24 Stunden zuvor besiegelt. Schon am Sonntag wurde der Zwickauer Polizeipräsident Dieter Kroll (58) zu seinem Nachfolger bestimmt. Kurios: Während der Innenminister die Neuigkeit um 13.11 Uhr verbreitete, lag der neue Polizeichef in Vollnarkose auf dem OP-Tisch.

Was war passiert? Ein Knochenbruch hatte Kroll nach Pfingsten aus dem Verkehr gezogen (Mopo berichtete). Beim Kicken mit seinem Enkel wollte er einen Ball mit der Brust stoppen, rutschte aus, stürzte auf den rechten Arm. „Im Krankenhaus wurde dann eine Unterarmfraktur diagnostiziert, auch Teile des Handgelenks sind betroffen“, sagt Kroll. Im Klinikbett erlitt den Di-

rektions-Chef (Südwestsachsen) der entscheidende Anruf von Polizeipräsident Bernd Merbitz. „Ich habe mich für meine missliche Lage entschuldigt“, sagt Kroll. „Dann aber zugesagt. Natürlich stelle ich mich der Verantwortung in Dresden. Aber eben nicht sofort.“

Wird auch nicht gehen, denn als der Minister Hanitschs Absetzung öffentlich machte, lag

Kroll (war acht Jahre LKA-Abteilungschef Organisierte Kriminalität) schon unterm Messer - in Vollnarkose. „Mein ganzer Arm ist für sechs Wochen eingegipst. Wann ich wieder fit bin, weiß ich noch nicht.“ Bis dahin wird Dresdens Vize Horst Kretschmar (51) neuer Boss. Der Polizeidirektor war über Jahre Chef von Sachsens Spezialeinsatzkommando SEK.



Beim „Enkeltrick“ außer Gefecht gesetzt: Zwickaus Polizeiboss Dieter Kroll erfuhr im Krankenbett von seinem neuen Chefposten in Dresden. Foto: Harterpress

Schnüffelskandal immer schlimmer

Ermittlungen in eigener Sache - Soko aufgestockt

Von Jens Jungmann

DRESDEN - Der Schnüffelskandal der Polizei rund um den Einsatz vom 19. Februar wird immer größer. Nun prüft der Landesdatenschutz, ob für den Einsatz eines „Livescanners“ am 19. Februar alle rechtlichen Genehmigungen vorliegen. Derweil versucht die



Staatsregierung, das Thema kleinzureden.

„Wir prüfen den Vorgang umfassend“, so Andreas Schneider vom Landesdatenschutz. Am 19. Februar 2011 haben Polizei/LKA nämlich auch live mithilfe eines IMSI-Catchers (Morgenpost berichtete) die Verbindungsdaten von Handys in Echtzeit abgefasst und nicht nur, wie bisher vom Innen- und Justizminister zugegeben, sich später Verbindungsdaten über Mobilfunkanbieter besorgt.

„Telefonate können direkt mitgehört werden beziehungsweise auch der Standort genau und direkt erfasst werden“, so Schneider. Nötig ist dazu eine richterliche Genehmigung. Ob diese vorlag, darf der Landesdatenschutz aus „ermittlungstaktischen Gründen“ nicht

sagen. Auch die Staatsanwaltschaft will sich nicht äußern - weder zur Genehmigung noch zur Anzahl der erhobenen Daten und eventuellen Abhörmaßnahmen.

Im Kabinett wurde der Schnüffelskandal laut Staatskanzleichef Johannes Beermann (CDU) gestern nur am Rande besprochen. MP Stanislaw Tillich (CDU) habe geschwiegen. Laut Beermann fühle er sich, trotz der neuen Erkenntnisse, durch den lückenhaften Bericht vom Freitag weiter ausreichend informiert und „hat keinen Anlass zum Zweifeln“.

Teile der Opposition fordern einen Untersuchungsausschuss. Beermann: „Wir werden über den Antrag sprechen und wie üblich entgegnen. Man muss die Kirche auch mal im Dorf lassen!“ Die Linke hat derweil eine Sondersitzung des Landtages im Sinn, sollte sich die Regierung heute während der aktuellen Stunde im Landtag nicht umfassend



Die Polizei filmte am 19. Februar in Dresden nicht nur, sie könnte sogar mitgehört haben (F.I.). Innenminister Markus Ulbig (F.g.l.) gerät zunehmend unter Druck, soll sich heute im Landtag erklären.

Fotos: Fuhrmann, Landgraf

äußern. MP Tillich wird nicht sprechen, dafür Innenminister Markus Ulbig (CDU) und Justizminister Jürgen Martens. Die Grünen kündigen derweil eine Kleine Anfrage an die Bundesregierung an, die die Verhältnismäßigkeit der Aktion in Sachsen einschätzen und dann den Bundestag beschäftigen soll.

Gestern Vormittag bestellte Landespolizeipräsident Bernd Merbitz die Polizeipräsidenten Sachsens ins Innenministerium ein. Die Soko „19. Februar“ soll nach Morgenpost-Informationen nun „deutlich aufgestockt“ werden, um endlich umfassende Informationen und Ergebnisse vorzulegen.

MEINE MEINUNG



Unhaltbare Zustände

Von Gerhard Jakob

Seit gestern hat der Dresdner Spitzelkandal eine neue Dimension. Tagelang betonten Polizei wie Regierungspolitiker: Es wurden „nur“ Verbindungsdaten abgeschöpft, aber keine Gespräche abgehört. Die Unterlagen, die der Morgenpost nun vorliegen, deuten auf das Gegenteil.

Damit rückt der für Polizeianglegenheiten zuständige Innenminister ins Visier der Kritik. Was wusste Markus Ulbig (CDU), und wann wusste er es? Die Antwort des Ministers gestern vor den Abgeordneten: Nichts Gewisses weiß er nicht.

Keine Ahnung zu haben am Tag zehn keiner Affäre dieses Ausmaßes - allein das ist für einen Ressortverantwortlichen schon ein Offenbarungseid. Richtig brisant aber ist, dass der Minister die Öffentlichkeit immer noch im Unklaren darüber lässt, dass seine Polizeibeamten offenbar sehr wohl abgehört haben. Sein Beteuern, das für „die PD Dresden“ ausschließen zu können, ist so gehaltvoll, als hätte er erklärt, der Abschnittsbevollmächtigte der Südvorstadt hätte nichts damit zu tun.

Wenn dieses Gehabe nicht so empörend wäre - homerisches Gelächter hätte Ulbig entgegenschallen müssen. Nicht wissen ist an sich schon ein Rücktrittsgrund. Sollte sich herausstellen, dass der Minister über Abhöraktionen sehr wohl Bescheid wusste, wäre er unhaltbar.

Dass Herr Ulbig das einsehen könnte, ist nicht zu erwarten. Man darf gespannt sein, wann bei Ministerpräsident Tillich die Tragweite der Affäre durchdringt.

Bericht Seite 10

Erst Klartext, jetzt Schweigen

Warum greift Tillich nicht durch?

DRESDEN - Wie lange schaut sich Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) den Datenskandal, der sich jetzt wohl zu einer Abhöraffaire ausweitet, noch an?

Vorige Woche redete Tillich bereits Klartext, forderte umfassende Aufklärung, er

Sichtlich genervt lauscht MP Tillich der Debatte: Wie lange noch lässt er sich die Informationspolitik seiner Minister bieten?

wartete einen Bericht zu den Vorfällen rund um den 19. Februar und stieß eine Bundesratsinitiative an (Morgenpost berichte). Nun, fünf Tage später, muss sich der Ministerpräsident bestenfalls noch immer schlecht informiert vorkommen!

In die Landtags-Debatte schickte er die zuständigen Fachminister. Während Justizminister Jürgen Martens (FDP) selbstbewusst die Arbeit der Justiz verteidigte und auf lau-

fende Ermittlungen verwies, machte Innenminister Ulbig eine denkbar schlechte Figur. Tillich selbst saß größtenteils in seiner Fraktion, hörte sichtbar schlecht gelaunt, aber aufmerksam zu. Klaus Bartl (Linke) wandte sich dem MP direkt zu: „Ich lobe Sie ausdrücklich für Ihre politische Einschätzung vorige Woche.“ Doch derzeit schweigt der MP zu den aktuellen Entwicklungen. Wie lange noch? JU

Protokolle belegen: Spitzelaffäre jetzt Abhörskandal. Wer hat was wann gewusst?

Also doch! Polizei war ganz Ohr

Von Juliane Morgenroth
und Jens Jungmann

DRESDEN - Also doch: Die Polizei hat am 19. Februar in Dresden Telefone abgehört! Noch am Vormittag bestritt Innenminister Markus Ulbig (CDU) dies beharrlich vor dem Parlament, schloss Abhörmaßnahmen und den Einsatz eines IMSI-Catchers aus. Abhörprotokolle aus vier Quellen beweisen jedoch das Gegenteil!

„Wer in dieser sensiblen Frage dem Parlament die Wahrheit vorenthält, der ist nicht mehr tragbar“, so Linke-Fraktions-Chef André Hahn. Zumindest die ganze Wahrheit hat Minister Ulbig gestern über den Einsatz des IMSI-Catchers - zur Live-Erfassung von Daten und Gesprächen von Handys - in der aktuellen Stunde vor dem Landtag nicht eingeräumt. „Ein IMSI-Catcher wurde von der Polizeidirektion Dresden am 19. Februar nicht eingesetzt“, versicherte Ulbig mehrfach.

Ob der Catcher „denn von anderen Polizeibehörden genutzt wurde“, wollte Sabine Friedel (SPD) wissen. Doch der Minister verweigerte dem Parlament die Antwort. „Ein Affront“, wie viele Abgeordnete später schimpften. Zwischenzeitlich wollte die Linke sogar die Sitzung unterbrechen. Gegenüber der Morgenpost räumte der Innenminister am Mittag dann aber ein: „Ich kann nicht ausschließen, dass andere Polizeibehörden ... den IMSI-Catcher eingesetzt haben.“ Und später: „Ich habe alles gesagt, was ich weiß.“ Nach Morgenpost-Informationen hat das Landeskriminalamt (LKA) das Scan-Gerät eingesetzt.

Tatsächlich hat die Polizei nicht nur live Daten erfasst, sondern aktiv gelauscht: Mehrere Belege gibt es! Der Dres-

der Rechtsanwalt André Schollbach, der im Zusammenhang mit dem 19. Februar mehrere Mandanten betreut, besitzt mehrere Dokumente, die den Einsatz eines IMSI-Catchers sowie das Abhören von Telefongesprächen am 19. Februar belegen.

Der Morgenpost liegt ein Beschluss des Amtsgerichtes Dresden für ein Ermittlungsverfahren wegen „Bildung einer kriminellen Vereinigung“ vor, der eindeutig belegt, dass bei mindestens drei Personen Telefongespräche - auch vom Handy - mitgehört und SMS mitgelesen wurden. Die Abhörmaßnahmen begannen demnach ab 6. Februar 2011, liefen am 10., 12. und eben auch in mindestens fünf Fällen am 19. Februar.

Ein ebenfalls der Morgenpost vorliegender Aktenvermerk dokumentiert den Einsatz des Catchers zur Standortbestimmung sowie zum Abhören von Gesprächen zweier Handys am 19. Februar in Dresden, ab 8 Uhr morgens, durch die „Soko Rex“ (LKA).

Auch Johannes Lichdi (Grüne) behauptet, ein „amtliches Dokument“ zu besitzen, das den Einsatz des IMSI belegt. „Und das Innenministerium erweckt trotzdem weiter den Eindruck, dass es von nichts weiß!“ Durch die vielen Vertu-

schungen entstehe der Verdacht, dass „nicht nur gegen Nazis und einige Demonstranten, die Straftaten begingen, ermittelt wurde, sondern gegen Zehntausende friedliche Demonstranten!“. Die Öffentlichkeit würde so bewusst getäuscht. SPD-Fraktions-Chef Martin Dulig meint: „Mein Misstrauen wächst!“ André Hahn: „Es sind in Deutschland schon Minister wegen weit geringerer Vorkommnisse zurückgetreten!“

Selbst die FDP rückte spürbar vom Innenminister ab! Carsten Biesok (FDP): „Gerade, weil ich nichts zu verbergen habe, verbitte ich es mir, vom Staat wie ein Krimineller unter permanenten Generalverdacht gestellt zu werden.“ Der Fall Dresden zeige, welche Missbrauchsmöglichkeiten gegeben seien, wenn der Staat über zu viele Daten (Vorratsdatenspeicherung) der Bürger verfüge. Einzig CDU-Innenpolitiker Volker Bandmann stellte sich komplett hinter Ulbig: Er warf den Grünen vor, mit ihren Fragen laufende Ermittlungen zu stören.

Fast schon nebensächlich: Die Staatsanwaltschaft Dresden räumte gestern ein, dass es auch am 13. Februar eine Funkzellen-Abfrage gab. „Diese hatte nichts mit dem zentralen Demonstrationsgeschehen in der Innenstadt zu tun“, so Oberstaatsanwalt Lorenz Haase. Hintergrund seien Ermittlungen wegen einer Gewaltstraftat zwischen politisch Links- und Rechtsorientierten Personen.



Innenminister Markus Ulbig (CDU, gr.F.) kommt zunehmend in Erklärungsnot: Johannes Lichdi (Grüne, kl.F.) ließ in Sachen Abhöraktionen nicht locker. Fotos: Thomas Türpe